

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Christoph Maier

Abg. Toni Schuberl

Abg. Karl Straub

Abg. Martin Böhm

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Martin Huber

Abg. Alexander Hold

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Horst Arnold

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

zur Änderung des Aufnahmegesetzes - Bayerisches Asylnotstandsgesetz

(Drs. 19/3866)

- Zweite Lesung -

Für die Gesamtredezeit wurden 29 Minuten vereinbart. – Ich eröffne die Aussprache, und als erster Redner hat Kollege Christoph Maier für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In der Zweiten Lesung unseres heutigen Gesetzentwurfes sollte es nicht mehr notwendig sein, Ihnen die Argumente vorzutragen, die für dieses Gesetz sprechen. In Fragen der Migrations- und Zuwanderungspolitik hat die Propaganda des politisch-medialen Komplexes seit dem Jahr 2015 eine dermaßen starke Gehirnwäsche betrieben, dass selbst Terroranschläge im Wochenrhythmus in Bayern nicht zu einem Umdenken führen, sondern zu weiteren Demonstrationen gegen Rechts.

Nach Aschaffenburg vor wenigen Wochen jetzt vor wenigen Tagen ein totes Kind in München, das mitsamt der Mutter von einem abgelehnten afghanischen Asylbewerber, der auf Geheiß der Stadt München seine Duldung bekommen hat, zusammengefahren wurde. Das ist wirklich ein tragisches Schicksal, dass diejenigen, denen man die Duldung für dieses Land ausspricht, jemanden zu Tode fahren.

Sehr geehrte Damen und Herren, das sind die Zustände hier in Deutschland.

(Beifall bei der AfD)

Anstatt dass Sie zu einem Umdenken bewegt werden, anstatt dass Sie darüber nachdenken, welche Lösungen jetzt notwendig sind, sitzt Innenminister Herrmann weiterhin

hier herum, und 1.800 ausreisepflichtige Afghanen tummeln sich in Bayern, obwohl die bayerische Polizei diese sofort in Abschiebehaft nehmen und in ihre Heimat zurückführen müsste. Das ist der Zustand in Bayern.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der CSU – Thomas Huber (CSU): Keine Ahnung von Zuständigkeiten!)

Ich hätte von der Bayerischen Staatsregierung endlich ein hartes Durchgreifen erwartet; denn schließlich geht es jetzt um Ihre Lebens- und Existenzfrage; denn Sie wissen genau, in diesem Land werden in Zukunft andere den Ton angeben. Das werden nicht mehr Sie sein. Das werden diejenigen sein, die seit dem Jahr 2015 auf die dramatische Entwicklung hinsichtlich der Sicherheitslage in Deutschland hingewiesen haben.

(Beifall bei der AfD)

Es ist eine Heuchelei, eine abermalige Heuchelei, die von Ihnen hier in diesem Hohen Haus vollzogen wurde. Ich habe kein Interesse daran, dass wir hier jede Woche eine Trauerminute einlegen müssen, Sie weiterhin untätig bleiben und die abgelehnten Asylbewerber in Deutschland belassen.

(Michael Hofmann (CSU): Selbstverständlich haben Sie ein Interesse daran!)

Das ist eine Schande, die Bayern nicht verdient hat.

(Beifall bei der AfD)

Bei den Beratungen im Ausschuss hinsichtlich unseres Bayerischen Asylnotstandsgesetzes waren die Regierungsfaktionen ahnungslos und konnten keine Lösungen aufzeigen, wie die Problematik in den Griff zu bekommen ist. Sie können keine zufriedenstellenden Antworten geben; aber wir als AfD haben einen Lösungsweg aufgezeigt. Wenn Sie schon behaupten, wir können das Problem nicht auf europäischer Ebene und auch nicht auf nationaler Ebene lösen, dann müssen wir auf kommunaler Ebene

tätig werden und die Kommunen darin stärken, die Zuweisung von Asylbewerbern in ihr Gemeindegebiet abzulehnen.

Dafür haben wir dieses Gesetz, das Bayerische Asylnotstandsgesetz, entwickelt. Mit diesem Bayerischen Asylnotstandsgesetz wird es den Kommunen ermöglicht, einen Widerspruch gegen die Zuweisung von Asylbewerbern in ihre Gemeinde gegenüber der Regierung durchzusetzen. In vielen Gesprächen mit den Bürgern und den Bürgermeistern kam immer wieder der Einwand, dass man sich über die Köpfe der Menschen vor Ort hinwegsetzt, dass die Zuweisungen rein willkürlich – und möglicherweise auch politisch motiviert – genau dort erfolgen, wo eine CSU-Staatsregierung ein Feuer schüren möchte. Daher ist es notwendig, dass die Gemeinden endlich in die Lage versetzt werden, selbst über die Zuweisung von Flüchtlingen in ihr Gemeindegebiet zu entscheiden.

Jede Gemeinde kann entscheiden, wie viele Plakate aufgehängt werden, ob in DIN A0 oder DIN A1; aber die Gemeinden sind nicht berechtigt, darüber zu entscheiden, ob 10 Asylbewerber, 50 oder 500 Asylbewerber in ihr Gemeindegebiet zugeteilt werden. Das ist ein Zustand, der in Bayern geändert werden muss und auch geändert werden kann.

(Beifall bei der AfD)

Bis vor wenigen Wochen haben Sie noch behauptet, dass man auf nationaler Ebene keine Lösungen finden kann. Sie haben gesagt, man muss alles auf europäischer Ebene regeln; aber auf einmal soll es hier auch gehen, dass wir die Grenzen dichtmachen und die Asylbewerber konsequent abschieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, rechtlich ist alles möglich, wenn man es nur möchte; aber ich stelle fest, dass bei der CSU der Wille fehlt, eine konsequente Wende in der Migrationspolitik herbeizuführen. Mit dem Widerspruchsrecht der Gemeinden kann dieser vermeintliche Wille der CSU auf kommunaler Ebene noch einmal artikuliert und unterstützt werden, damit die CSU auch nach der Bundestagswahl

genau das macht, was sie uns vorher verspricht, nämlich eine konsequente Migrationspolitik umzusetzen.

Diese neuen Lösungen, die wir aufgezeigt haben, sind der Anfang für eine neue Politik in unserem Land. Sie wissen es: Die Mehrheiten dafür sind da, man muss sie nur nutzen. Man kann es besorgten Bürgern nicht verwehren, wenn sie einfach nicht wollen, dass Terroristen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld wohnen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Stimmen Sie daher diesem Gesetzentwurf zu, und Bayern wird endlich wieder sicher sein.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Maier, bevor ich dem Kollegen Schuberl für eine Zwischenbemerkung das Wort erteile, will ich nur darauf hinweisen, dass es, glaube ich, dem Innenminister nicht vorzuwerfen ist, wenn er bei der Debatte zur Zweiten Lesung des Gesetzentwurfs, der seinen Zuständigkeitsbereich betrifft, im Plenum anwesend ist. Ich glaube, das kann man ihm nicht vorwerfen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt hat zu einer Zwischenbemerkung der Kollege Schuberl das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Maier, Sie sprechen immer davon, dass die abgelehnten Asylbewerber oder die von Ihnen als illegal bezeichneten Migranten oder die Straftäter abgeschoben werden sollen. Es gibt in Deutschland insgesamt ungefähr 240.000 abgelehnte, ausreisepflichtige Asylbewerber. Sie reden stets von Millionen von Menschen, die Sie vertreiben wollen. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es so nicht stimmt, wie Sie es sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie wollen nicht die Illegalen oder die Ausreisepflichtigen abschieben. Sie wollen, wie Sie es immer wieder sagen, Millionen von Menschen aus diesem Land vertreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte, Herr Kollege Maier.

Christoph Maier (AfD): Leider sind manche Leute nicht in der Lage, das zu erfassen, was im Ausschuss schon gesagt wurde. In Deutschland befinden sich circa 400.000 afghanische Asylbewerber, circa eine Million syrische Asylbewerber und 1,5 Millionen ukrainische Bürgerkriegsflüchtlinge. Selbstverständlich müssen all jene, die nur auf Zeit nach Deutschland kamen, mit Ablauf einer gewissen Zeit wieder in ihre Heimat zurückkehren.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Was ist mit diesen Fällen?)

Wer die Zahlen zusammenrechnen kann, der kommt auf eine Summe, die im Millionenbereich liegt.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Karl Straub für die CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte heute an und für sich nicht emotional werden; aber das Gedenken, zu dem wir alle aufgestanden sind, um unsere tiefe Betroffenheit gegenüber den Opfern des Anschlags am Donnerstag auszudrücken, liegt gerade eine halbe Stunde zurück. Ich konnte sehr deutlich – und ich glaube, das konnten alle – vernehmen, dass die Familie im Nachgang nur den Wunsch hatte, dass man diese Tat nicht politisch instrumentalisiert.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben am Sonntag Blumen an der Gedenkstätte niedergelegt. Ein paar Tage später – wir kommen nachher beim Dringlichkeitsantrag noch einmal darauf zu sprechen – tun Sie nur eines, nämlich diese Tat zu instrumentalisieren. Da muss ich mich wirklich zusammennehmen und kann Ihnen nur zurufen: Schämen Sie sich für Ihre Wortwahl hier im Plenum. Schämen Sie sich!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Herr Maier, ich habe Ihre Augen gesehen. Ich glaube, das ist Ihnen selber wirklich zutiefst peinlich, und das darf Ihnen auch peinlich sein.

Aus Respekt vor dem Parlament spreche ich noch zu dem eigentlichen Antrag. Die Verteilung der Flüchtenden in Deutschland läuft über den sogenannten Königsteiner Schlüssel. Das heißt, dass Flüchtende in Deutschland nach einem fixen Prozentschlüssel auf die Länder verteilt werden und innerhalb der Länder dann auf die Regierungsbezirke und dann schlussendlich auf die Landkreise. Die Landkreise sind sehr stark auf die Gemeinden angewiesen, um die Flüchtenden unterzubringen. Die Gemeinden machen das hervorragend. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den Kommunen bedanken und bei all denen, die das draußen ganz hervorragend machen. Ich glaube, die haben einen Applaus verdient.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Das Einzige, was Sie hier tun: Sie streichen Ihre Kernkompetenz heraus, nämlich Leute gegeneinander aufzuhetzen. In dem Fall wollen Sie die Kommunen gegeneinander aufhetzen. Das ist Ihr eigentliches Anliegen: die Gesellschaft weiter zu spalten. Sie lösen damit kein einziges Problem. Schön wird es dann wirklich bei Ihrem Dringlichkeitsantrag mit Ihren gemieteten Flugzeugen. Ich sage wirklich: Schämen Sie sich für diese Anträge. Ich glaube, aus meiner Rede geht hervor, dass wir diesen Gesetzentwurf ablehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Martin Böhm vor. – Bitte schön. Der Kollege Böhm hat das Wort.

Martin Böhm (AfD): Lieber Herr Kollege Straub, es ist schlimm: Sie erwähnen das Schicksal der Familie, erwähnen, dass die Familie darum gebeten hat, die Tat nicht zu instrumentalisieren. Selbstverständlich respektieren wir das.

(Widerspruch der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Allerdings instrumentalisieren Sie das Schicksal der Familie in dem Moment, in dem Sie hier im Hohen Haus darauf pochen. Wo, wenn nicht hier, ist denn eine Diskussion, ist denn die Debatte erforderlich, wie wir die innere Sicherheit in unserem Land stärken können? Warum hat Ihre Partei, warum hat die Staatsregierung nicht dafür gesorgt, dass diese Afghanen in Abschiebehaft kommen? – Der Ball liegt bei Ihnen, nicht bei uns.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Kollege Straub.

Karl Straub (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles, was ich von der Geschichte der Familie weiß, ist, dass es sich um eine Deutsche, um eine Bayerin algerischer Herkunft handelt und dass diese Frau für alles gestanden hat, wofür Sie nicht stehen. Das möchte ich Ihnen als Antwort geben, weil ich auch für alles stehe, wofür Sie nicht stehen. Deswegen brauche ich von meinen Worten überhaupt nichts zurückzunehmen, sondern bin tief betroffen von diesem Anschlag. Ich bin in Gedanken bei den Opfern und kann nur wiederholen: Schämen Sie sich. – Ich werde alles dafür tun, dass Sie in ein paar Jahren nicht mehr hier in diesem Parlament sitzen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Lachen bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Gülseren Demirel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist schon eine Dreistigkeit, die wir bei der AfD-Fraktion immer wieder erleben: Sie stellen sich hierhin und tun Ihre Trauer über ein Attentat kund, unterstellen uns Heuchelei, missbrauchen aber selbst die Trauer und den Tatort zu politischen Zwecken. Sie zeigen keinen Respekt gegenüber den Opferfamilien,

(Widerspruch bei der AfD)

die sich gerade davor gefürchtet haben und denen es deshalb auch so wichtig war,

(Zuruf von der AfD: So ein Schmarrn!)

dies der Öffentlichkeit, der Politik mitzuteilen und Sie darum zu bitten, ihre Trauer nicht perfide für Ihre politischen Zwecke zu nutzen, was die AfD heute mit der Rede hier am Rednerpult, aber auch mit dem Dringlichkeitsantrag später sehr klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig kommt hinzu, dass Sie sogar die Dreistigkeit besessen haben – und das ist, glaube ich, ein Beispiel für Heuchelei, die Sie uns unterstellen –, am Tatort zu erscheinen, Blumen niederzulegen, während über den Livestream zu hören ist, dass Sie für Ihre Show verwertbare Bilder suchen. Das ist zum Kotzen, AfD.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unterstellen Sie uns keine Heuchelei; denn Sie sind bei dem Thema die Heuchler, weil Sie wissen: Jetzt ist unsere Stunde gekommen. Wie können wir die Spaltung in der Gesellschaft noch weiter treiben? – Ihre Spaltung der Gesellschaft geht noch weiter: Sie geht damit weiter, dass Sie heute hier stehen und erklären: Wir müssen Notstandsgesetze ausrufen und unsere Grenze dichtmachen. – Was heißt diese Spal-

tung? – Seit dem letzten Wochenende in München wissen wir Demokratinnen und Demokraten: Europa braucht das Miteinander. Europa braucht das Gemeinsame. Europa braucht Solidarität und nicht Nationalstaaten, die in Alleingängen irgendwelche Lösungen vorgaukeln. Dabei ist nicht zu vergessen, dass unser Wohlstand, unsere Freiheit und unser Frieden sehr stark mit Europa zusammenhängen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Dritte ist – das ist auch wieder AfD-Manier –: Man kommt mit Gesetzentwürfen, mit Lösungen, gaukelt den Menschen draußen vor: Die komplexen Probleme kann man mit ganz einfachen Antworten lösen.

(Widerspruch bei der AfD)

Was ist Ihre Lösung? – Lasst uns ein System der Verteilung aufkündigen. – Worin besteht das System der Verteilung? – Es besteht darin, dass wir im Bundesgebiet eine Verteilungsquote haben, mit der die Flüchtlinge gerecht und fair unter den Bundesländern und innerhalb eines Bundeslandes verteilt werden. Das wollen Sie aufkündigen, und das subsumieren Sie unter Lösungen: Die Kommunen erhalten mehr Kompetenz. Soll ich Ihnen sagen, was die Praxis ist? – Das wissen Sie aber ganz genau: Die Kommune, die am lautesten schreit und am lautesten protestiert, kriegt keine Geflüchteten. Die Kommune, die Mitmenschlichkeit und Integrationsbereitschaft zeigt, ist dann in der Situation.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Die Kommunalpolitikerinnen und -politiker haben den Schwarzen Peter, ihren Bürgerinnen und Bürgern das zu erklären. Es gibt also noch mehr Spaltung in der Gesellschaft.

(Unruhe)

Sie wollen die Kommunen gegeneinander ausspielen. Sie wollen die Geflüchteten und die Bürgerinnen und Bürger gegeneinander ausspielen. Das ist für Sie eine Lösung.

Daher, liebe Bürgerinnen und Bürger, überprüfen Sie jede Lösung, die von der AfD kommt, im Hinblick auf einen Faktencheck, eine Realitätsumsetzung und darauf, ob sie das Auseinanderdriften der Gesellschaft unterstützt.

Natürlich haben die demokratischen Parteien Lösungen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben die europäische Asylrechtsreform vorangetrieben, die demnächst in die Umsetzung kommt und in nationales Recht übertragen wird. Sie besagt ganz klar: Es gibt Aufnahmelager an den europäischen Außengrenzen; dort wird Asyl beantragt und abgewartet, bis über den Asylstatus entschieden ist. Wenn der Bescheid positiv ist, dann wird auch gerecht verteilt.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es gibt noch eine Redezeitverlängerung, weil es eine Meldung zur Zwischenbemerkung gibt.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Entschuldigung. Ich bin eigentlich schon am Ende.

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt trotzdem noch eine Meldung zur Zwischenbemerkung.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Okay, das habe ich nicht mitgekriegt.

Präsidentin Ilse Aigner: Sie kommt vom Kollegen Martin Huber von der AfD. – Bitte schön.

Martin Huber (AfD): Liebe Kollegin, ich bin schon ein bisschen erstaunt darüber, was Sie jetzt von sich geben. Es geht doch nur um das Gesetz, das wir wollen. Ich selbst bin jetzt im 35. Jahr Kommunalpolitiker und im Gemeinderat. Draußen müssen wir unseren Kopf hinhalten; ich habe es schon einmal gesagt. Wir wollen doch nur eines:

Wir wollen, dass die Kommune entscheiden und Nein sagen kann, wenn es nicht mehr geht. Wir wollen Entscheidungen treffen können; das wollen wir. Wir werden einfach übergangen. Was reden Sie denn da?

Wenn sich dann einer traut und dort hingehen möchte, wie unser Landesvorsitzender, der körperlich angegangen worden ist, dann darf man das nicht, weil wir schlecht sind. Fakt ist: Wir hetzen niemanden auf. Wir wollen, dass die Kommunen darüber entscheiden können, ob man helfen kann oder nicht; denn wir halten jeden Tag unseren Kopf hin. Gestern erst hatten wir Gemeinderatssitzung; da ist es um das Thema gegangen. Das hat mit Hetze nichts zu tun. Was reden Sie denn da? Glauben Sie selbst, was Sie da sagen?

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin Demirel.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Ich war selbst zehn Jahre Stadträtin in München und sechs Jahre Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN. Ich kenne die Kommunalpolitik; da brauche ich wirklich keine Belehrung. Im Moment wird mit den Kommunen geredet. Die Bezirksregierungen gehen auf die Kommunen zu, suchen auch gemeinsam nach Standorten und gehen gegebenenfalls Kompromisse mit den Kommunen ein. Bei großen Unterkünften, die echt problematisch sind, haben wir auch immer wieder das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort gesucht. Als Petitionsausschussvorsitzende kenne ich die Thematik; die Bürgermeister waren immer eingebunden. Man hat immer einen Kompromiss gefunden. Wissen Sie, was ich immer von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Gemeinden gehört habe? –

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, jetzt ist Ihre Redezeit zu Ende.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sie haben uns gebeten und gesagt: Wir wollen eine Lösung, aber wir wollen die AfD nicht in der Lösung haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Alexander Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich müsste dieser Gesetzentwurf ganz anders heißen. Es müsste "Löst-doch-eure-Probleme-ohne-uns-Gesetz" heißen; nichts anderes ist Ihr Gesetzentwurf. Es ist ein "Löst-doch-eure-Probleme-ohne-uns-Gesetz". Ein solches Gesetz löst nun einmal keine Probleme. Im besten Fall verschiebt es die Probleme woandershin, und im schlechtesten Fall, den Sie ja letzten Endes wollen, schafft es zusätzliche Probleme.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Natürlich schreit keine Gemeinde von sich aus "Hier!" und meldet sich, wenn es darum geht, Flüchtende unterzubringen, weil es natürlich eine Belastung für die Infrastruktur, für die Verwaltung und manchmal auch für den sozialen Frieden ist, aber nicht zwingend.

Ich komme aus einer Stadt mit 75.000 Einwohnern, und wir haben circa 1.100 Flüchtende untergebracht. Wenn ich Menschen in der Stadt frage, wie es denn so für sie sei, dann heißt es: Echt? Ich wüsste jetzt gar nicht, wo sie untergebracht sind. – Es bekommt gar keiner mit, wenn man es richtig macht.

(Zurufe von der AfD)

Wenn man es richtig macht, dann heißt es noch lange nicht, dass der soziale Frieden gefährdet wird. Zunehmend wird der soziale Frieden dadurch gefährdet, dass Widerstand von interessierter Seite geschürt wird, meine Damen und Herren, und Sie wissen, wen ich damit meine. Die Verteilung ist ein solidarischer Mechanismus mit dem Ziel, die Belastung gerecht zu verteilen. Nach dem Königsteiner Schlüssel muss Bayern 15,56 % übernehmen. Nach der Asyldurchführungsverordnung wird das nach Einwohnern gerechnet auf die Regierungsbezirke und Landkreise verteilt; weiter runter

wird es nicht mehr festgelegt – und das aus gutem Grund: weil nicht überall die gleichen Voraussetzungen bestehen.

Vielleicht gibt es irgendwo eine Gemeinde, wo gerade ein aufgelassenes Hotel zur Verfügung steht. Vielleicht gibt es eine andere Gemeinde, wo sich gar keine Möglichkeit auftut. Deswegen sind letzten Endes die Landratsämter dazu da, genau diese Verhältnisse vor Ort richtig einzuschätzen, richtig zu beurteilen und eine Lösung zu finden, die für möglichst wenig Schwierigkeiten und möglichst wenig Belastung sorgt. Genau das wollen Sie letzten Endes aufbrechen. Sie wollen gar nicht, dass man eine gute Verteilung erreicht, die die Menschen vor Ort möglichst wenig belastet, sondern Sie wollen Unfrieden stiften. Sie wollen mit Ihrem Widerspruchsrecht für Gemeinden im schlimmsten Fall eine Totalblockade staatlichen Handelns erreichen.

Dieser Gesetzentwurf trägt also in keiner Weise zu einer Problemlösung bei, sondern er fordert nur zu einem unsolidarischen Verhalten der Gemeinden heraus. Das ist genau das Gegenteil von gerechter Lastenverteilung. Aber genau das käme Ihnen zu pass, weil man damit zwar keine Probleme löst, aber Unfrieden, Chaos und den Nährboden für genau das schafft, was Sie letzten Endes wollen: einen autoritären, undemokratischen Staat mit möglichst viel Frust bei den Bürgern. – Deswegen lehnen wir selbstverständlich dieses "Löst-doch-eure-Probleme-ohne-uns-Gesetz" ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Meußgeier hat zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrter Kollege Hold, ich kann nicht nachvollziehen, was Sie hier geäußert haben. Meine Kommune hat 17.000 Einwohner. Wir haben vor einem Jahr einen Container aufgestellt; wir haben extra bei uns uralte Container angeschafft, um 80 Leute aufzunehmen. Aus diesem riesigen Asylbewerberheim in Bamberg, wo mehr als 2.000 Asylanten untergebracht sind, werden wir jetzt 80 aufneh-

men. Ich frage mich: Man hat jetzt über ein Jahr gebraucht, um diese Uraltcontainer zu restaurieren und wieder bewohnbar zu machen. Was kostet das den Steuerzahler?

Die Bürger im Umfeld sind alle an mich herangetreten und haben mich gebeten, mich im Stadtrat und im Kreistag dafür starkzumachen, dass das Ding nicht kommt. – So viel dazu. Wir schwätzen uns den Bürgern nicht auf; sie kommen mittlerweile zu uns, weil die Bürger mittlerweile die Schnauze voll haben. Genau das wollen sie nicht mehr haben.

(Beifall bei der AfD)

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sie haben mir gerade Gelegenheit gegeben, noch einmal den Kollegen Maier anzuschauen. Er platzt richtig vor Freude, dass er solche Vorfälle wie am Freitag in München instrumentalisieren kann.

(Widerspruch bei der AfD)

Er platzt richtig vor Freude. Schauen Sie sich ihn doch an.

(Christoph Maier (AfD): Bösertige Unterstellung! Sie sollten sich schämen, hier zu stehen und solche Anschuldigungen zu verbreiten! Sie sind verantwortlich für die Sicherheitslage in diesem Land! Sie tragen die Verantwortung!)

Auch was Sie hier gerade von sich gegeben haben, ist ein ganz klares Zeichen dafür, dass Sie nur danach lechzen, die Verhältnisse so darzustellen, dass Sie letzten Endes Unfrieden säen und gegen unsere Demokratie arbeiten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLER: Bravo!)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Arnold das Wort.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nach 2024 sind die Asylbewerberzahlen in Deutschland um circa 30 % zurückgegangen. Es wurde und

wird viel unternommen; auch die Zurückweisungen an der Grenze – soweit sie legal sind – sind nicht unerheblich angestiegen. Die Situation betreffend die Menschen aus der Ukraine hat mit Asyl nichts zu tun. Erstmals hat nämlich Europa mit der Massenzustrom-Richtlinie eine Regelung gefunden, diesen Menschen einen Zugang zum europäischen Raum zu schaffen. Nichtsdestoweniger ist die staatliche Gemeinschaft, die kommunale Gemeinschaft, sind alle aufgefordert, die Integrationsleistungen und die notwendigen sozialen Leistungen, die im Rahmen der Menschenwürde zu erbringen sind, aufgrund unseres gemeinsamen Konsenses zu organisieren und zu erbringen.

In der öffentlichen Wahrnehmung werden diese Unterschiede teilweise nicht gesehen. Auch Sie haben ja schon bewusst Ukrainer und Asylbewerber in einen Topf geworfen – nicht weil Sie das nicht wissen, sondern weil Sie genau das Gegenteil wollen. Sie wollen spalten, in dem Zusammenhang ausgrenzen und markieren, was nicht Ihrer Provenienz entspricht.

Angesichts der abnehmenden Zahlen ist eigentlich nicht von einem aktuellen Asylnotstand auszugehen. Gleichwohl stehen staatliche und kommunale Institutionen vor der herausfordernden Aufgabe, Integration und Organisation von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zu gewährleisten.

Eine der Regelungen ist in der Tat der Königsteiner Schlüssel, der heruntergebrochen auch in Bayern berücksichtigt wird. Natürlich versucht man in Bayern, gerechte Lösungen zu erzielen, aber das, wie die Vorredner auch schon gesagt haben, gelingt nicht immer. Man muss auch sagen: Intransparenz bei diesem Vorgang bringt auf dem Feld häufig die Saat für Neiddebatten, für Vorurteile und Diskriminierungsszenarien aus.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Genau das nutzen Sie für sich aus. Sie befeuern dies und nutzen dies aus. Meine Damen und Herren, wir sind ein demokratischer, sozialer Rechtsstaat. So geht das nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie es sich nun so einfach machen und die Kommunen mit einem Zustimmungsrecht oder einem Vetorecht versehen wollen, sagen Sie doch nichts anderes, als dass die Probleme, die wir in der Gesamtgesellschaft haben, die wir in Deutschland haben, die wir in Europa haben, aus Ihrer Sicht von der einen oder anderen Gemeinde mit einem Veto nach dem Motto weggeschoben werden können:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es kümmert mich nicht, was in der Nachbargemeinde geschieht. Damit schaffen Sie Unsolidarität. Dies hat in der heutigen Zeit und angesichts des notwendigen gemeinsamen Zusammenstehens aber überhaupt keinen Platz.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Gesetz regelt nicht das Zusammensein von Bürgern, regelt auch keine Konflikte, sondern dieses Gesetz schafft Unzufriedenheit, Spaltung und Diskriminierung nach dem Motto: Was kümmert mich das Leben der anderen, solange ich in diesem Zusammenhang einigermaßen deutsch bin und mich im Mainstream der AfD bewege? Das ist unerträglich. Deswegen ist dieses Gesetz abzulehnen. Sie sollten sich einmal überlegen, was Gemeinwohl in Ihrem Sinne bedeutet.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich betrachte, welche Wählerschichten Sie zu erschließen versuchen. Bei uns jedenfalls geht das nicht.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/3866 zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind SPD, GRÜNE, FREIE WÄHLER und CSU. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung finden Begründung sowie Aussprache zu einem Wahlvorschlag nur statt, wenn zwei Fraktionen dies beantragen oder die Vollversammlung dies beschließt. Im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 5 und 6, Wahl eines Vizepräsidenten und Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher nun über den Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER, SPD und GRÜNE. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.